

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 5, 2026

1. Niedersachsen

1.1. Neues Schulfach „Christlicher Religionsunterricht“ startet nach den Sommerferien

Ab dem Schuljahr 2026/2027 wird an den allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen schrittweise das neue Fach „Christliche Religion“ eingeführt. Erstmals verantworten damit die evangelischen Kirchen und die katholischen Bistümer ihren Religionsunterricht gemeinsam.

Mit den neuen Kerncurricula setze Niedersachsen „bundesweit neue Maßstäbe für einen zeitgemäßen, ökumenisch getragenen Religionsunterricht in einer pluralen Gesellschaft“, erklärte das Kultusministerium. Niedersachsen reagiere mit dem neuen Fach „auf gesellschaftliche Veränderungen und die wachsende konfessionelle, religiöse und weltanschauliche Vielfalt in den Schulen.“

Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) sagte, Niedersachsen setze damit ein Zeichen „für Dialog, Kooperation und moderne religiöse Bildung.“ Das Fach stärke „Respekt, Toleranz und demokratische Werte in einer vielfältigen Gesellschaft.“

Die Einführung des neuen Faches ist Ergebnis eines mehrjährigen Entwicklungsprozesses. Ausgangspunkt waren die langjährigen Erfahrungen mit dem konfessionell-kooperativen Religionsunterricht, der in Niedersachsen seit 1998 praktiziert wird. Mit dem neuen Fach geht das Land nun einen Schritt weiter: Aus konfessionell-kooperativem Unterricht wird ein gemeinsames Fach mit gemeinsamen Bildungszielen, gemeinsamen Curricula ([hier](#)) und gemeinsamen kirchlichen Strukturen.

Die Bevollmächtigte der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Kerstin Gäfgen-Track, sagte, in dem neuen Fach gehe es darum, „aus christlichen und anderen Überzeugungen und Werten sowie ethischen Leitlinien eine eigene Haltung und Identität zu entwickeln und die Frage nach der Transzendenz und dem Göttlichen wachzuhalten.“ Ziel sei „eine christliche-religiöse Bildung im Kontext anderer Religionen und Weltanschauungen“. Der Leiter des Katholischen Büros Niedersachsen, Felix Bernard, ergänzte, der neue Religionsunterricht

könne auch „einen Beitrag zur Demokratiebildung in der Schule leisten.“

Die Einführung des neuen Faches wird durch Fortbildungen, Unterrichtsmaterialien und digitale Angebote begleitet. Ziel sei es, „Lehrkräfte insbesondere im Umgang mit religiöser und weltanschaulicher Vielfalt weiter zu unterstützen“, teilte das Kultusministerium mit. Darüber hinaus richteten die evangelischen Kirchen und katholischen Bistümer gemeinsame Strukturen zur Begleitung des Faches ein.

Das neue Fach richtet sich weiterhin an Schülerinnen und Schüler aller Konfessionen und Weltanschauungen. Im Schuljahr 2024/2025 nahmen rund 65 Prozent der Schülerinnen und Schüler am evangelischen, katholischen oder konfessionell-kooperativ erteilten Religionsunterricht teil ([mehr](#)).

1.2. Kriegsszenen in Garbsener Moschee: DITIB-Landesverband nimmt Stellung

Der DITIB-Landesverband Niedersachsen-Bremen hat sich von der Aufführung von Kriegsszenen in einer Moschee in Garbsen (s. Mitteilungen 4/2026, S. 1) teilweise distanziert.

DITIB-Gemeinden würden „seit Jahren dazu angehalten, bei Çanakkale-Veranstaltungen auf problematische Darstellungsformen zu verzich-

ten“, erklärte der Landesverband in einer Pressemitteilung. Dazu gehörten „unter anderem der Verzicht auf Uniformierungen von Kindern, das Unterlassen gewalt- oder kriegsverherrlichender Inhalte, eine sensible sprachliche Gestaltung von Ansprachen. Vielmehr soll die Gewichtung auf religiöse und spirituelle Elemente gelegt werden.“ Warum die Richtlinien in diesem Fall nicht eingehalten wurden, prüfe man und nehme das zum Anlass, die „Gemeinden erneut und mit Nachdruck für die pädagogische Verantwortung bei Veranstaltungen mit Kindern zu sensibilisieren.“

Zugleich sei festzuhalten: „Die Erinnerung an Çanakkale/Gallipoli hat für viele Menschen aus Anatolien einen festen Platz in ihrer historischen Erinnerungskultur, auch weil damit familiäre Opfer verbunden sind. Solche Gedenkveranstaltungen dienen für zahlreiche Menschen der Aufarbeitung mit der eigenen Geschichte und kollektiver Erinnerung. Daraus jedoch pauschal auf Indoktrination oder politische Einflussnahme zu schließen, wird diesen Veranstaltungen nicht gerecht“, so der Landesverband.

Die Schlacht von Çanakkale bzw. Gallipoli fand während des Ersten Weltkriegs auf der europäischen Seite der Dardanellen statt. Die osmanischen Truppen besiegten die gegnerischen Truppen unter sehr großen Verlusten. Die

Erinnerung an den Sieg am 18. März 1915 wird in der Türkei offiziell als „Tag der Gefallenen des 18. März“ (18 Mart Şehitler Günü) gefeiert ([mehr](#)).

1.3. Was sonst noch war

- Niedersächsische Bistümer veröffentlichen Broschüre zu Begegnung und Verständigung; Praxisbeispiele, Projekte und persönliche Stimmen aus dem Interreligiösen Dialog ([mehr](#))
- Braunschweig: Christina Maria Bammel als Bischöfin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig eingeführt ([mehr](#))
- Verfassungsschutz legt Jahresbericht für 2025 vor. Tendenzen: Sonderkapitel zu den Auswirkungen der Kriege „in Nahost und Antisemitismus“ sowie „zwischen Russland und der Ukraine“; die größte Gefahr „geht vom Rechtsextremismus aus“; im Zusammenhang mit „islamistischen Gefährdungssachverhalten werden zunehmend sehr junge Personen auffällig“ ([mehr](#))
- Verwaltungsgericht Hannover: Verfassungsschutz darf AfD Niedersachsen vorerst hochstufen ([mehr](#))
- Nienburg: Moschee mit rechtsextremen Parolen beschmiert ([mehr](#))

- Göttingen: Gesellschaft für bedrohte Völker warnt vor der Abschiebung von Menschen aus religiösen Minderheiten nach Syrien ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Zentralrat der Juden zeichnet Dieter Nuhr mit Leo-Baeck-Preis aus

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat den Kabarettisten Dieter Nuhr mit dem Leo-Baeck-Preis ausgezeichnet. Er erhielt ihn für sein Eintreten gegen Antisemitismus und für den Staat Israel. Die Laudatio hielt der Psychologe Ahmad Mansour.

Zentralrats-Präsident Josef Schuster sagte bei der Feierstunde in Berlin, der Kabarettist decke Doppelstandards auf, denen die deutsche Medienlandschaft bei diesen Themen oftmals unterliege. Nuhr selbst sagte, die Ehrung mache ihn stolz. Es sei zugleich aber etwas „gruselig“, dass man einen Preis dafür bekomme, kein Antisemit zu sein.

Die Auszeichnung für den umstrittenen Kabarettisten stieß vielfach auf Unverständnis. Der Direktor der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Jens-Christian Wagner, schrieb in den Sozialen Medien, seit dem 7. Oktober 2023 sei etwas ins Rutschen gekommen: „Die Debatte um Israel und Palästina ist vollkommen

entgleist. Auf allen Seiten hat man sich ins Blockade-Denken zurückgezogen.“ Angesichts des menschlichen Leids sei das verständlich, aber es führe in eine Sackgasse. Das gelte auch für die Jury des Leo-Baeck-Preises. „Sich wie Dieter Nuhr auf die Seite der in Teilen rechtsextremen israelischen Regierung zu stellen ist etwas grundlegend anderes als der Kampf gegen den Antisemitismus. Die Abwehr des Islamismus ist nötig. Aber sie sollte nicht blind machen gegen den autochthon deutschen Rassismus und Antisemitismus, nur weil man glaubt, dieselben Feinde zu haben“ ([mehr](#)).

Mit dem Leo-Baeck-Preis werden seit 1957 Persönlichkeiten geehrt, die sich nach Ansicht des Zentralrats in herausragender Weise um die jüdische Gemeinschaft verdient gemacht haben. Der Preis erinnert an den 1956 gestorbenen, berühmten Rabbiner Leo Baeck ([mehr](#)).

2.2. Was sonst noch war

- Evangelische Kirche in Deutschland: Reise einer Delegation um Auslandsbischof Frank Kopania nach Bosnien-Herzegowina, Gespräche mit Großmufti Hussein Kavazović u.a. ([mehr](#))
- DITIB eröffnet neue Moscheen in Chemnitz ([mehr](#)), Herten ([mehr](#)) und Regensburg ([mehr](#))

- Schleswig-Holstein: Verfassungsschutz nimmt Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), Schura Schleswig-Holstein und „Bündnis Islamischer Gemeinden in Norddeutschland e.V.“ (BIG) in den Blick ([mehr](#))
- Landgericht Köln: Bericht der rechtspopulistischen Nachrichtenseite „Nius“ über angebliches „Fastenbrechen für Bürgergeldempfänger“ in einer Behördenkantine „sämtlich unwahr“ ([mehr](#))
- Neue Publikation des Staates Israel zum Thema Muslimbruderschaft in Deutschland (Herausgeber: Ministry for Diaspora Affairs and Combating Antisemitism, [hier](#)). Tenor: „Die Muslimbruderschaft unterhält europaweit Netzwerke, die den Antisemitismus schüren und die Delegitimierung Israels vorantreiben. Diese Aktivitäten werden teilweise von der Türkei und Katar koordiniert und finanziert, wobei indirekte Verbindungen zur Hamas aufrechterhalten werden.“

3. Migrationsforschung

Neue Hochrechnung zur Zahl der Muslime in Deutschland

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat eine neue Hochrechnung zur Zahl der „muslimischen Religionsangehörigen in

Deutschland mit Migrationshintergrund aus islamisch geprägten Herkunftsländern“ vorgelegt ([hier](#)).

Berücksichtigt wurden Länder, „die für das Zuwanderungsgeschehen von Musliminnen und Muslimen in Deutschland relevant sind, darunter die Türkei sowie Länder in den vier geographischen Regionen Mittlerer Osten, Naher Osten, Nordafrika sowie Südosteuropa.“ Datenquellen waren der Mikrozensus 2025 und die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland 2020“.

Mit der Hochrechnung werde eine wichtige Informationslücke gefüllt, teilte das BAMF mit. In den beiden großen Bevölkerungsumfragen des Statistischen Bundesamtes („Zensus“; „Mikrozensus“) und in den amtlichen Registern werde die Zugehörigkeit zu einer nicht öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft nicht systematisch erfasst. Man sei daher auf Hochrechnungen angewiesen.

Wichtige Ergebnisse:

– „Die Zahl und die Zusammensetzung der muslimischen Religionsangehörigen in Deutschland haben sich insbesondere durch Zuwanderung in den letzten Jahren stark verändert“: Im Jahr 2025 lebten „zwischen 6,6 Millionen (Mio.) und 7,0 Mio. muslimische Religionsangehörige mit Migrationshintergrund aus den berücksichtigten islamisch geprägten Herkunftsländern in

Deutschland“ (8,0–8,5 Prozent der Bevölkerung; 2019: 6,4–6,7).

– Die größte Herkunftsgruppe bilden Türkeistämmige (39,4). 29,4 Prozent haben einen Migrationshintergrund aus einem arabischsprachigen Land im Nahen Osten oder Nordafrika. Ca. 20 Prozent sind aus einem südosteuropäischen Land zugewandert oder als Nachkomme südosteuropäischer Zugewanderter in Deutschland geboren. 11,5 Prozent „haben einen Migrationshintergrund aus einem nicht arabischsprachigen Land im Mittleren Osten.“

– Der Anteil Türkeistämmiger hat seit der ersten Hochrechnung 2008 kontinuierlich abgenommen (2008: 64,4; 2025: 39,4 Prozent), der Anteil von Muslimen aus dem Nahen Osten zugenommen (2008: 8,3; 2025: 21,7 Prozent). „Die muslimische Bevölkerung hat sich damit unter anderem im Hinblick auf kulturelle Prägungen, gesprochene Sprachen und migrationsbiografische Aspekte deutlich diversifiziert.“

– Die meisten „muslimischen Religionsangehörigen mit Migrationshintergrund aus den berücksichtigten Herkunftsländern“ leben in Nordrhein-Westfalen (2,1–2,2 Mio.) und Baden-Württemberg (1,1–1,2 Mio.). In Sachsen ist die Zahl am geringsten (36.000–39.000).

– Der Anteil der Muslime an der Bevölkerung ist am höchsten in Hamburg und Bremen (12,5–

13,2 Prozent) sowie Hessen und Nordrhein-Westfalen (11,9–12,7; Niedersachsen: 5,4–5,7 Prozent).

4. Literatur: Neuerscheinungen

M. Al-Hassan Diaw, Die Radikalisierten. Wie islamistischer Extremismus junge Menschen vereinnahmt und unsere Gesellschaft herausfordert, Wien 2025

H. H. Behr, Islamische Religionspädagogik. Einführung, Baden-Baden 2026

Bistum Hildesheim u.a. (Hg.), Stimmen aus dem interreligiösen Dialog. Erfahrungen, Projekte und Inspirationen für ein gelingendes Miteinander, Hildesheim u.a. 2026 ([hier](#))

R. Ceylan/M. Kiefer, Islamismusprävention in der Schule (Hg. Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage), Berlin 2026

M. Kiefer/M. Mücke-Choudhury (Hg.), Phänomene von Radikalisierung in schulischen Kontexten. Herausforderungen, Prävention und Gegenmaßnahmen, Wiesbaden 2026

Chr. Lange, „Und der Logos ist Fleisch geworden“. Kleine Geschichte der christologischen Lehrentwicklung in der Alten Kirche, Freiburg 2026

- D. Pollack, Religiöser Fundamentalismus. Geschichte, Erscheinungsformen, Hintergründe, München 2026
- S. Schröter, Links, rechts, islamistisch. Die wahren Feinde der Demokratie, Freiburg 2026
- T. Schuckert (Hg.), Stuttgarter Islamstudie. Eine religionssoziologische Momentaufnahme vom Panorama islamischer Gemeinden in der inneren Metropolregion Stuttgart, Leipzig 2026
- A. Sticks, Zahl der Musliminnen und Muslime in Deutschland 2025. Eine Hochrechnung über die Anzahl muslimischer Religionsangehöriger mit Migrationshintergrund aus islamisch geprägten Herkunftsländern, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2026 ([hier](#))
- Chr. Ströbele u.a. (Hg.), Alles berechnet? Christliche und islamische Theologie angesichts digitaler Transformation, Regensburg 2025.

Hannover, den 29.6.2026

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, Evangelische Agentur,
Interreligiöser Dialog, Prof. Dr. Wolfgang Reinbold, wolfgang.reinbold@
evlka.de, 0511-1241-972, www.evangelische-agentur.de
ISSN 2191-6772